



Landkreis Lüchow-Dannenberg - Kreisrecht -

Satzung der „Musikschule Lüchow – Dannenberg“ Anstalt des öffentlichen Rechts

Gemäß § 65 der Nds. Landkreisordnung (NLO) in der Fassung vom 22. 08. 1996 (Nds. GVBl. S. 365), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 20. 11. 2001 (Nds. GVBl. S. 256) in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 113 a Abs. 1 Satz 1 der Nds. Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 22. 08. 1996 (Nds. GVBl. S. 382), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 27. 01. 2003 (Nds. GVBl. S. 36) hat der Kreistag des Landkreises Lüchow-Dannenberg in seiner Sitzung am 24.09.2003 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Name, Sitz, Stammkapital

- (1) Die „Musikschule Lüchow – Dannenberg“ ist eine selbstständige Einrichtung des Landkreises Lüchow-Dannenberg in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts (§ 113 a NGO). Sie wird auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen dieser Satzung geführt.
- (2) Die Anstalt führt den Namen „Musikschule Lüchow-Dannenberg“. Sie tritt unter diesem Namen im gesamten Geschäfts- und Rechtsverkehr auf. Die Kurzbezeichnung lautet „MS Lüchow-Dannenberg“.
- (3) Die Anstalt hat ihren Sitz in Lüchow.
- (4) Das Stammkapital beträgt 100.000,-- Euro.

§ 2

Zweck der Anstalt

- (1) Zweck der Anstalt ist die Unterhaltung einer Musikschule als Angebotsschule und die Förderung von Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur.

Die Anstalt verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (§§ 51 - 68 AO).

Die Anstalt ist eine öffentliche Bildungseinrichtung des Landkreises Lüchow-Dannenberg und damit ein wesentlicher Bestandteil verantwortungsvoller staatlicher Familien- und Bildungspolitik und ihrem Leitbild verpflichtet.

Aufgabe der Anstalt ist es insbesondere:

- a) Kinder, Jugendliche und Erwachsene an die Musik heranzuführen, Begabungen frühzeitig zu erkennen, individuell zu fördern und auf eine berufliche Fachausbildung vorzubereiten.
 - b) das Kulturleben im Landkreis Lüchow-Dannenberg mitzugestalten.
- (2) Die Anstalt ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Anstalt dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Der Landkreis erhält keine Zuwendungen aus Mitteln der Musikschule.
 - (3) Es dürfen keine Personen durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
 - (4) Der Landkreis überträgt der Anstalt das Recht, an seiner Stelle Satzungen für das gemäß § 2 Abs. 1 übertragene Aufgabengebiet zu erlassen.
 - (5) Der Landkreis überträgt der Anstalt das ihm nach den Vorschriften des Nds. Kommunalabgabengesetzes (NKAG) zustehende Recht, Gebühren, Beiträge und Entgelte im

Zusammenhang mit der wahrzunehmenden Aufgabe zu erheben und zu vollstrecken.

- (6) Die Anstalt kann Angestellte und Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter einstellen, eingruppieren und entlassen.
- (7) Bei Auflösung der Anstalt oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Musikschule an den Landkreis Lüchow-Dannenberg, der es ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

§ 3 Organe

- (1) Organe der Anstalt sind:
 - der Vorstand (§ 4)
 - der Verwaltungsrat (§ 5)
- (2) Die Mitglieder aller Organe der Anstalt sind zur Verschwiegenheit über alle vertraulichen Angelegenheiten sowie über Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse der Anstalt verpflichtet. Die Pflicht besteht für die Mitglieder auch nach ihrem Ausscheiden aus der Anstalt fort. Sie gilt nicht gegenüber den Organen des Landkreises.
- (3) Die Vorschriften zum Mitwirkungsverbot des § 26 NGO gelten entsprechend.

§ 4 Der Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus 2 Mitgliedern
 - a) der Schulleiterin/ dem Schulleiter der Musikschule und
 - b) ein vom Landrat benanntes Vorstandsmitglied
- (2) Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat auf die Dauer von 5 Jahren bestellt; eine erneute Bestellung ist zulässig.
- (3) Der Vorstand leitet die Anstalt gemeinschaftlich und eigenverantwortlich.
- (4) Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Jedes Vorstandsmitglied ist allein vertretungsberechtigt. Der Vorstand kann aus dem Kreis der Mitarbeiterinnen/der Mitarbeiter eine Abwesenheitsvertreterin / einen Abwesenheitsvertreter benennen.
- (5) Alle wesentlichen unternehmerischen Entscheidungen werden einstimmig getroffen.
- (6) Der Vorstand hat den Verwaltungsrat über alle wichtigen Vorgänge rechtzeitig zu unterrichten und auf Anforderung den Verwaltungsrat über alle Angelegenheiten der Anstalt zu informieren.
- (7) Der Vorstand hat dem Verwaltungsrat halbjährlich einen Zwischenbericht über die Abwicklung des Vermögens- und Erfolgsplanes schriftlich vorzulegen. Des Weiteren hat der Vorstand den Verwaltungsrat zu unterrichten, wenn bei der Ausführung des Erfolgsplanes erfolgsgefährdende Mindererträge oder Mehraufwendungen zu erwarten sind. Sind darüber hinaus Verluste zu erwarten, die Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises haben können, ist der Verwaltungsrat hierüber unverzüglich zu unterrichten.
- (8) Der Vorstand ist für alle Entscheidungen zuständig, die nicht gesetzlich oder durch diese Satzung dem Verwaltungsrat oder anderen Gremien vorbehalten sind.

§ 5 Der Verwaltungsrat

- (1) Der Verwaltungsrat besteht aus 7 stimmberechtigten Mitgliedern, die vom Kreistag für 5 Jahre bestellt werden. Für alle Mitglieder werden Vertreterinnen/Vertreter bestellt.
- (2) Drei Mitglieder werden aus den Reihen des Kreistages benannt. Von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Musikschule wird eine Lehrervertreterin/ein Lehrervertreter benannt. Als weitere Mitglieder werden jeweils die Vorsitzende/der Vorsitzende des Elternbeirates und des Förderkreises benannt.

- (3) Vorsitzende(r) des Verwaltungsrates ist die Landrätin/der Landrat. Aus den Reihen des Verwaltungsrates wird eine stellvertretende Vorsitzende / ein stellvertretender Vorsitzender gewählt.
- (4) Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrates, endet mit dem Ablauf ihrer jeweiligen Wahlzeit oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus ihrem Amt. Die Mitglieder des Verwaltungsrates üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus.
- (5) Der Verwaltungsrat hat dem Kreistag auf Verlangen Auskunft über alle wichtigen Angelegenheiten der Anstalt zu geben.
- (6) Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhalten keine Entschädigung für die Teilnahme an Sitzungen.
- (7) Der Kreistag kann die von ihm bestellten Mitglieder des Verwaltungsrates nach den für den Kreistag maßgeblichen Vorschriften der NLO abberufen.
- (8) Der Verwaltungsrat kann sich eine Geschäftsordnung geben.

§ 6 Zuständigkeiten des Verwaltungsrates

- (1) Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung des Vorstandes.
- (2) Der Verwaltungsrat kann vom Vorstand über alle Angelegenheiten der Anstalt Berichterstattung verlangen.
- (3) Der Verwaltungsrat informiert den Landkreis über zu erwartende Verluste der Anstalt, die Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises haben können.
- (4) Der Verwaltungsrat entscheidet über:
 1. Erlass von Satzungen im Rahmen des durch diese Anstaltssatzung übertragenen Aufgabenbereichs (§ 2 Abs. 1)
 2. Bestellung und Abberufung des Vorstandes sowie Regelung des Dienstverhältnisses des Vorstandes (§ 4 Abs. 2)
 3. Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes (gem. § 12)
 4. Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für Leistungsnehmerinnen und Leistungsnehmer der Anstalt (§ 2 Abs. 3)
 5. Bestellung der Abschlussprüferin/des Abschlussprüfers (§ 12 Abs. 3)
 6. Feststellung des Jahresabschlusses (§ 12 Abs. 2)
 7. die Ergebnisverwendung (§ 12 Abs. 2)
 8. die Entlastung des Vorstandes
 9. die Beteiligung an anderen Unternehmen
- (5) Dem Vorstand gegenüber vertritt die Vorsitzende/der Vorsitzende des Verwaltungsrates die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich.

§ 7 Einberufung und Beschlüsse des Verwaltungsrates

- (1) Der Verwaltungsrat tritt auf schriftliche Einladung der Vorsitzenden/des Vorsitzenden des Verwaltungsrates zusammen. Die Einladung muss Tagungszeit und –ort und die Tagesordnung angeben. Sie muss den Mitgliedern spätestens am siebten Tag vor der Sitzung zugehen. In dringenden Fällen kann die Frist auf 24 Stunden verkürzt werden.
- (2) Der Verwaltungsrat ist jährlich mindestens zweimal einzuberufen. Er muss außerdem einberufen werden, wenn dies die Hälfte der Mitglieder unter Angabe des Beratungsgegenstandes beantragt.
- (3) Die Sitzungen des Verwaltungsrates werden von der Vorsitzenden/dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates bzw. seiner Stellvertreterin/seinem Stellvertreter geleitet.
- (4) Mindestens ein Vorstandsmitglied nimmt an der Sitzung des Verwaltungsrates teil.
- (5) Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß zur Sitzung geladen und die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder bzw. deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter

anwesend ist. Bei Beschlussunfähigkeit kann binnen einer Woche eine neue Sitzung mit gleicher Tagesordnung einberufen werden. Der Verwaltungsrat ist in der zweiten Sitzung ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig. Bei der zweiten Ladung muss auf diese Folge ausdrücklich hingewiesen werden.

- (6) Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.
- (7) Über die Beschlüsse des Verwaltungsrates wird eine Niederschrift gefertigt, die von der Vorsitzenden/dem Vorsitzenden und der Protokollführerin / dem Protokollführer unterschrieben wird. Die Niederschrift soll allen Verwaltungsratsmitgliedern innerhalb von 14 Tagen zugehen. Die Niederschrift wird in der nächsten Sitzung des Verwaltungsrates zur Genehmigung gestellt.

§ 8 Kreistag

Bei Entscheidungen der Organe der Anstalt von grundsätzlicher Bedeutung ist die Zustimmung des Kreistages erforderlich. Dazu gehören:

1. Die Auflösung der Anstalt
2. Kapitalerhöhung und Änderung der Anstaltssatzung
3. Übernahme neuer Aufgaben von besonderer Bedeutung im Rahmen des Anstaltsgegenstandes

§ 9 Finanzierung der Anstalt

- (1) Zur langfristigen finanziellen Sicherung der Anstalt wird vom Landkreis ein jährlicher Gesamtzuschuss in Höhe von 250.000 € zur Verfügung gestellt. Davon entfallen:
 1. 167.000 Euro auf die inhaltliche Arbeit der Musikschule
 2. 83.000 Euro auf die administrativen Kosten; insbesondere für Mieten, Unterhaltung, Personalsachbearbeitungen, Personalkostenanteile von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung.
- (2) Der unter § 9 Abs. 1 benannte jährliche Zuschuss wird bis zum 31. 12. 2018 festgeschrieben. Er wird jeweils zu gleichen Teilen am 15. Januar, 15. April, 15. Juli, 15. Oktober an die Anstalt ausgezahlt.
- (3) Alle Leistungen der Kreisverwaltung werden der Musikschule in Rechnung gestellt und sind aus dem Zuschussanteil nach Abs. 1 Ziff. 2 zu finanzieren.
- (4) Der Landkreis Lüchow-Dannenberg haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Anstalt.

§ 10 Musikschulbeirat

- (1) Zur Unterstützung der Musikschularbeit wird ein Musikschulbeirat gewählt.
- (2) Der Musikschulbeirat ist die Vertretung der Teilnehmer bzw. der Erziehungsberechtigten der Schüler. Es werden 7 Vertreterinnen bzw. Vertreter gewählt.
- (3) Der Beirat wird innerhalb von 3 Monaten nach Beginn des Schuljahres für eine Amtsdauer von 2 Schuljahren gewählt. Der Beirat bleibt bis zur Neuwahl – längstens bis zum 31. 10. des nächsten Schuljahres – im Amt. Zur Beiratswahl wird von der Musikschule eingeladen. Die Vorschriften des Nds. Schulgesetzes finden entsprechend Anwendung.
- (4) Der Musikschulbeirat vertritt die Interessen der Schüler und Eltern der Musikschule. Insbesondere soll er Wünsche und Anregungen von Schülern und Eltern behandeln und weiterleiten sowie sich für die Ziele und Aufgaben der Musikschule einsetzen und zur Verbesserung der Schulverhältnisse beitragen.
- (5) Der Musikschulbeirat ist ehrenamtlich tätig. Die/der vom Musikschulbeirat zu wählende Sprecherin/Sprecher hat im Verwaltungsrat der Musikschule Stimmrecht.
- (6) Der Musikschulbeirat kann sich eine Geschäftsordnung geben.

§ 11 Sonstige Regelungen

- (1) Über notwendige arbeitsrechtliche Angelegenheiten (z. B. Abordnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vom Landkreis Lüchow-Dannenberg zur Anstalt) werden individualrechtliche Vereinbarungen getroffen.
- (2) Der Landkreis Lüchow-Dannenberg stellt der Anstalt auf Anforderung erforderliche Unterrichts- und Verwaltungsräume im bisherigen Umfang zur Verfügung. Die Kosten hierfür sind aus dem Zuschuss § 9 Abs. 1 Ziff. 2 zu finanzieren. Das Nähere regeln abzuschließende Benutzerverträge.
- (3) Nach Ablauf der in § 9 Abs. 2 festgeschriebenen Dauer der Zuschüsse verpflichtet sich der Landkreis Lüchow-Dannenberg neue Verhandlungen, unter der Maßgabe durchzuführen, die Anstalt auch über den festgelegten Zeitraum weiter zu führen.

§ 12 Verpflichtungserklärung

- (1) Alle Verpflichtungserklärungen bedürfen der Schriftform; die Unterzeichnung erfolgt unter dem Namen Musikschule Lüchow-Dannenberg durch den Vorstand.
- (2) Der Vorstand unterzeichnet ohne Beifügung eines Vertretungszusatzes.

§ 13 Wirtschaftsführung und Rechnungswesen

- (1) Die Anstalt ist sparsam und wirtschaftlich unter Beachtung des öffentlichen Zweckes zu führen. Im übrigen gelten die Vorschriften des § 82 NGO entsprechend.
- (2) Der Vorstand hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und die Erfolgsübersicht innerhalb von 3 Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres aufzustellen und nach Durchführung der Abschlussprüfung dem Verwaltungsrat zur Feststellung vorzulegen. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind vom Vorstand unter Angabe des Datums zu unterzeichnen. Der Jahresabschluss, der Lagebericht, die Erfolgsberichte und der Bericht über die Abschlussprüfung sind dem Kreistag zuzuleiten. Im übrigen ist § 27 Abs. 2 der Kommunalunternehmensverordnung zu beachten.
- (3) Für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes gilt § 125 NGO entsprechend.
- (4) Die Vorschriften zur öffentlichen Bekanntmachung der Anstalt richten sich, wenn gesetzliche Bestimmungen nichts Gegenteiliges regeln, nach den entsprechenden Vorschriften der Hauptsatzung des Landkreises Lüchow-Dannenberg in der jeweils geltenden Fassung.

§ 14 Wirtschaftsjahr

Das Wirtschaftsjahr der Anstalt ist das Kalenderjahr.

§ 15 Auflösung und Abwicklung der Anstalt

Im Sinne von § 8 dieser Satzung wird die Anstalt aufgelöst

- a. durch Beschluss des Kreistages
- b. durch Eröffnung des Insolvenzverfahrens

§ 16 Salvatorische Klausel

Sollten Bestimmungen dieser Satzung oder eine künftig in ihr aufgenommene Bestimmung ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit später verlieren, so soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen der Satzung nicht berührt werden. Das gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass die Satzung Regelungslücken enthält. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung der Lücke soll eine angemessene Regelung gelten, die, soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was der Satzungsgeber gewollt hat oder nach dem Sinn und Zweck der Satzung gewollt haben würde, sofern er bei Beschluss der Satzung oder bei der späteren Aufnahme einer Bestimmung den Punkt bedacht hätte.

§ 17
Inkrafttreten

Die Anstalt entsteht am 01. Januar 2004. Gleichzeitig tritt diese Satzung in Kraft. Die bisherige Satzung für die Musikschule des Landkreises Lüchow-Dannenberg vom 24. 02. 1989 in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 29. 06. 2000 wird gleichzeitig aufgehoben. Die Gebührensatzung in der derzeit geltenden Fassung wird auf die Anstalt Musikschule Lüchow-Dannenberg übertragen.

Lüchow, den 18.12.2003

(Siegel)

Landkreis Lüchow-Dannenberg
Der Landrat
gez. Aschbrenner

-
1. Satzung beschlossen in der Sitzung des Kreistages vom 24.09.2003
 2. § 2 der Satzung (Gemeinnützigkeit) geändert durch die 1. Satzung zur Änderung der Satzung, beschlossen vom Kreistag am 25.03.2004